

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche sonnabends.  
Preis monatlich durch  
die Post bezogen 40 Pf.  
Eingetragen in die  
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Auflagenpreis:  
50 Pf. für die 3 geplante  
Poststelle.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: Nr. 338 15 Postleitzahl Hannover.

Verlag von A. Brep.  
Druck von C. A. H. Meister & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.  
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaist. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

## Reichspräsident Friedrich Ebert ♫

Am 28. Februar ist einer der Unserigen, der Arbeiter Fritz Ebert, der bis zur höchsten Spitze im Staate stieg, gestorben. Ein Mann, ein Genosse, als Repräsentant des deutschen Volkes, den der Schmutz, der aus den Niederungen verdorbener Charaktere nach ihm geschleudert wurde, nicht erreichen konnte. Nicht nur die Arbeiterschaft, auch der nicht von Wuchergeist und gemeiner Nachsucht — von links und rechts — angefaulte Volksteil weiß, was wir an Ebert verloren haben. Der erste Präsident der Republik ist tot. Was wir an ihm halten, wird gar mancher Volksgenosse erst in der kommenden Zeit begreifen lernen.

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871 in Heidelberg als Sohn eines kleinen Schreidermeisters geboren. Nach dem Besuch der Volkschule erlernte er in seiner Heimatstadt das

Sattlerhandwerk und bereiste als Handwerksbursche Südwürttemberg und war als Geselle u. a. in Hannover und Bremen tätig. 1889 trat er — noch während des Sozialistengefechts — als Achzehnjähriger der Sozialdemokratischen Partei bei. Im Jahre 1894 trat er als Redakteur und Berichterstatter in die Redaktion der "Bremer Bürgerzeitung" ein und 1900 wurde er in das neu geschaffene Bremer Arbeitssekretariat berufen. Gleichzeitig trat er in die Bürgerschaft ein, das Parlament des Stadtrates.

Im Jahre 1904 präsidierte er neben Heinrich Diek dem Bremer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Ein Jahr später wurde er als Sekretär in den Partivorstand gewählt, dem er bis November 1918 angehörte.

## Großes Explosionsunglück in den Sprengstoffwerken in Pieschen.

Aus Wittenberg a. d. Elbe kommt die erschütternde Meldung, daß in den Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoffwerken in Pieschen am Mittwochmorgen, dem 4. März, eine überaus folgenschwere Explosion stattgefunden hat. Die Zahl der Arbeitersleben, die dabei vernichtet oder verstümmelt sind, steht noch nicht fest. Nach den bisherigen, wenig einheitlichen Meldungen schwankt die Zahl der Toten zwischen 15 bis 20 und einer großen Zahl von Schwer- und Leichtverletzten.

Dieses Unglück zeigt wieder einmal mit grausamer Deutlichkeit, welch ungeheuren Gefahren die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im allgemeinen und in der Sprengstoffindustrie im besonderen ausgesetzt sind. Jeder Augenblick auf der Arbeitsfläche kann für sie ein schreckliches Ende bedeuten. In jeder Sekunde können Kräfte, von Wissenschaft und Technik auf engsten Raum gebannt, gewaltsam die Freiheit juchen, alles mordend, alles verderbend, was sich in ihrer Nähe befindet. Ihre blinde Gewalttätigkeit fragt nicht, wen sie tötet, wen sie verstümmelt. Sie vernichtet das junge Menschenleben in blühender Kraft, den sorgenden Familienvater, den alten Mann, der auf des Lebens absteigender Linie wandert. Aber immer sind es Arbeiter, die für kargen, oft genug kargen Lohn diesen Gefahren ausgesetzt sind, die ihr Leben aufs Spiel setzen im Dienste des profitungstragenden Kapitals.

Die Sprengstoffindustrie gehört nachweislich zu den gefährlichsten Industrien. Die Erfahrung zeigt aber auch, daß auch in den Sprengstofffabriken die Gefahren der Arbeit auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden können, daß die Gefahrenursachen durch menschliche Vorsicht bei der Handhabung und Veränderung der zur Herstellung der Endprodukte benötigten Stoffe sehr eingeschränkt werden können. Da facht nun die Frage auf: Ist auch in diesem Falle alles geschehen, was die Rücksicht auf die Sicherheit des Lebens der in jenen Betrieben arbeitenden Menschen erforderte? Während wir diese Zeilen schreiben, sind die Ursachen des schrecklichen Explosionsunglücks noch unbekannt. Noch schleptt man die Leichen der Getöteten, die verstümmelten Körper der Verwundeten aus den Trümmern. Noch sucht man zu retten, was an Leben zu retten ist. Nach den Presseveröffentlichungen ("Hannoverscher Kurier" vom 5. März) gab die Direktion der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoffwerke folgende Mitteilung heraus:

Heute vormittag 9 Uhr brach in der Pulverbereitung unserer Werke ein Brand aus, dem in kurzer Zeit drei Explosionsanlagen folgten. Die Anlagen wurden nicht unerheblich beschädigt. Die Abteilung, in der der Brand ausbrach, bestand aus mehreren getrennten Häusern. Die Dächer der umliegenden Gebäude wurden durch den gewaltigen Rauchdruck größtentheils abgedeckt. Die Maschinen sind teilweise erheblich beschädigt. Der Schaden beläuft sich schätzungsweise auf 150 000 bis 200 000 Mk. Durch die Explosionsanlagen gingen in den benachbarten Dörfern, bis nach dem über eine Meile entfernen kostwirksamen zahlreiche Fensterscheiben in Trümmer.

In dieser Veröffentlichung macht die "strenge Sachlichkeit", die nur den verhältnismäßig geringen Sachschaden erwähnt, recht seltsam an. Nichts von Toten und Verstümmelten.

melken, die im Dienste des Kapitals ihr Leben lassen müssen, nichts von Witwen und Waisen, die ihr Liebstes verloren.

Ein anderes Gesicht erhält das Unglück nach dem Bericht der "Leipziger Neuesten Nachrichten", ebenfalls in dem "Hannoverschen Kurier" vom 5. März wiedergegeben, das die Größe des grausigen Unglücks deutlicher erkennen läßt:

Die Werke bestehen aus 25 Gebäuden, von denen 5 bis 6 schwer beschädigt und zum Teil in Trümmer gelegt wurden. Durch die Detonation waren die auf den Werken beschäftigten Arbeiter vor Schrecken wie gelähmt. Alsdann eilten die Arbeiter und Angestellten aus den übrigen Werksgebäuden zur Unfallstelle, die einen schrecklichen Anblick bot. Schleunigst wurden Feuerwehr und Sanitätsabteilungen von Wittenberg sowie eine Anzahl Ärzte und die Sanitäter der benachbarten Mitteldeutschen Sprengstoffwerke von dem Unglück in Kenntnis gesetzt. Es sind etwa vierzig Personen verletzt, darunter acht schwer, die nach dem Krankenhaus Wittenberg gebracht wurden. Zehn Tote wurden bis Mittwoch nachmittag aus den Trümmern geborgen, doch findet man noch immer neue Leichenreste, so daß man den Tod von weiteren vier bis acht Menschen befürchtet. Von den Arbeitern der Zelegsdorff wird angegeben, daß mindestens noch zwanzig Personen den Tod gefunden haben müssten.

Auch die Umgebung der Unfallstelle sieht stark verwüstet aus. In den zahlreichen Maschinengebäuden der Werke sind Hunderte von Fensterscheiben zertrümmert. Auch Mauerwerk ist teilweise zerstört. Viele Personen auch in diesen benachbarten Gebäuden sind dabei verletzt worden. Es handelt sich im ganzen um drei Anlagen, die höchstwahrscheinlich in die Luft gesprengt sind. Es waren einföckige Häuser; an ihrer Stelle gähnt jetzt ein Trichter von 200 Meter Breite und mehreren Metern Tiefe. Man vermutet über die Ursache, daß in einem Trockenlager, in dem Pulver gelagert wurde, ein Brand ausgebrochen ist, der die Explosion hervorrief. Die Flammen sind dann übergeschlagen; drei schwere Erdstücke wurden verspielt. Über 1000 Meter weit weitriss man nur über Trümmer. Die schweren Eisenbahnen sind verbogen, und von den anliegenden Häusern sind die Dächer abgedeckt. Unter den Trümmerhaufen ragen Balken und verbogene Eisenreste hervor.

In der Unglücksstelle spielen sich schreckliche Szenen ab. Die Angehörigen sind herbeigeeilt. Mütter suchen ihre dort beschäftigte geweihte Kinder, Frauen ihre Männer. Viele der Verunglückten sind in Stücke zerrissen. Die ersten Hilfsmannschaften fanden überall zerstreut menschliche Leichenteile. Es war daher sehr schwer, die Zahl der Toten festzustellen. Es liegen noch immer Schädel und Glieder umher, die erst eingefasst werden müssen, ehe man erkennen kann, wer und wieviel sie unter den Opfern dieser schrecklichen Katastrophe befanden.

So die Schilderung des bürgerlichen Blattes. Andere nähere Nachrichten schließen bis zur Stunde noch.

Die bei diesem Explosionsunglück vernichteten Menschenleben, die Qualen der Verstümmelten, das vernäufte Lebensglück der Familien, die Sicherheit der in dieser gefährlichen Industrie arbeitenden Kollegen erfordern es, daß durch eine strenge Untersuchung die Ursachen dieses Unglücks restlos aufgedeckt werden. Für die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere aber für die Arbeiter der chemischen Industrie, ist dieses schreckliche Unglück ein Mahnmal durch die Kraft der Organisation für Verbesserung des Arbeiterschickses, für reichliche Unterstützung der Hinterbliebenen zu kämpfen und nicht zu ratzen und zu ruhen, bevor in Technik und Wirtschaft der Grundsatz gilt, daß das Leben der Arbeiter, der Schuh der Arbeiter vor Betriebsgefahren das Wichtigste ist, wichtiger als die Dividenden des Kapitals. Q. R.

### Das geplante Steuerrecht.

Um unseren Mitgliedern einen Überblick über die neuen Steuerpläne der Regierung zu geben, stellen wir der vorgesehenen Entlastung des Besitzes und der großen Einkommen die beabsichtigte Neubelastung der breiten Schichten gegenüber.

Entlastung  
des Besitzes!

Neubelastung  
der breiten Schichten!

Einkommensteuer.

Bei den großen Einkommen trifft eine ganz gewaltige Senkung des Tarifs ein. Für die vierte Höchstsummen ermäßigt sich z. B. und jedes weitere Kind erhöht der Steuersatz von 60 auf 30 Prozent (bisher 1 Prozent) auf 2 Prozent. Dadurch steigt sich der steuerfreie Leibbeitrag, wenn jemand vier Kinder hat, von 76,99 Mk. monatlich auf 81,24 Mk., bei fünf Kindern von 81,24 Mk. auf 102,49 Mk., um bei 6 Kindern lohnabzugsteuerfrei zu werden.

Die Erleichterung will nichts beugen gegen die Ermäßigungen bei den großen Einkommen und kommt nur wenigen zugute.

Bei der Besteuerung von Spekulationsgewinnen treten wesentliche Erleichterungen ein. Der Steuerabzug vom Kapitalertrag fällt fort.

Bei den großen Einkommen richtet sich die Steuer nach dem Gewinn und den Ausgaben.

Der Lohnabzug nimmt keiner Rücksicht auf die zur Erhaltung des Lebens notwendigen Ausgaben.

Deutschland ist also das Land, das von den kleinen Einkommen die höchsten Steuern erhebt.

Die Vorsteile kommen den Großverdienstern zugute.

Die Steuern von den großen Einkommen erbrachten in den ersten 10 Monaten des laufenden Steuerjahrs nur 749 000 049 Mark, weil, wie die Regierung angibt, die Steuermoral der Großverdienster es fertig brachte, die großen Einkommen ganz zu verschweigen oder sie niedriger erscheinen zu lassen.

Die Offenlegung der Steuerhinterlässe, die eine Steuerhinterziehung unterbinden könnte, ist wieder nicht vorgesehen.

Verkehrs- und Umsatzsteuer.

Der Normalzoll der Gesellschaften wird von 5 auf 4 Prozent, die ermäßigte Gesellschaftssteuer bei der Verschmelzung von Aktiengesellschaften von 2½ auf 2 Prozent gesenkt. Die Wertpapiersteuer für die Ausgabe von Industrie-Obligationen wird von 3 auf 2 Prozent und die Wertpapiersteuer von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt, die Wechselseitsteuer von 0,2 auf 0,1 Prozent und die Grundsteuer von 4 auf 3 Prozent. Die erhöhte Steuer für Privatfirmen wird befeistigt.

Lieferungen und Leistungen, die der Gesellschaften (z. B. bei der Bildung von Sachwerten in den ersten zehn Monaten des laufenden Steuerjahrs mit deren Gründung oder bei einer Kapitalerhöhung) oder der Aufsichtssteuer unterliegen, werden von der Umsatzsteuer befreit.

Verbrauchs- und Inflationssteuer. Die hohe Besteuerung auf gewisse (beim Holzkauf aus staatlichen Forsten, Reichsbankkrediten usw.) unterbleibt.

Die Steuern auf Zehn und Bier werden empfindlich erhöht.

Die Erhöhung der Zölle ist in Vorbereitung. Man beabsichtigt vor allem die Einführung von Einfuhrdutzen auf Fleisch und Fette.

Die Steuern auf Zehn und Bier werden empfindlich erhöht.

Für die privaten Erwerbsgesellschaften tritt eine wesentliche Steuerermäßigung dadurch ein, daß die Zollabgabesteuer fortfällt und die zehnprozentige Einführung der Gewinne auf die Einkommenssteuer verrechnet wird, also auch wegfällt.

Für die öffentlichen Spargesellschaften tritt eine Steuerbefreiung dann ein, wenn sie sich auf die Pflege des eigenen Sparhausschatzes beschränkt; d. h. das Geldgeschäft soll Monopol der privatkapitalistischen Banken werden, deren produktionsverfeuernder Sinnwucher bestmöglich ist. Die kommunalen und gemeinwirtschaftlichen Betriebe werden damit ausgeschaltet, zum Teil lebensunfähig gemacht.



nur dann eintreten können; wenn die Betriebe wieder voll beschäftigt würden, haben wir weiter darauf hingewiesen, daß die volle Ausnutzung der Betriebe nicht nur durch größte Ausführmöglichkeit, sondern auch durch stärkste Hebung des Inlands-Abbaus herbeigeführt werden müsse und daß dazu eine ausreichende Entlohnung gehöre, um die große Masse der Arbeitnehmer kraftsfähig und kauftüchtig zu machen, dann begegneten die Unternehmer diesen Ausführungen gewöhnlich mit einem Abschlucken oder mit einer lachenden Ausrede. Erfreulicherweise bestätigt auch in dieser Beziehung Papierhnege unsere Auffassung, indem er weiterhin schreibt:

"Jetzt erhofft alles eine Besserung und Entspannung. Aber noch lange sind wir nicht über den Berg, und die wirkliche, dem einzelnen fühlbare Entspannung kann nur kaum bemerkbar eintreten. Noch ist der Kontrast zwischen Warenpreis und Lohn zu groß. Erst wenn eine Anpassung erfolgt, können die Wirkungen einer Besserung gefühlt werden."

Wir glauben nicht, daß diese Auffassung in Hände Gemeingut der Unternehmer wird. Die immer noch andauernden Preisseigerungen auch im Papierfach erreichen vielmehr den Antheil, daß der größte Teil der deutschen Unternehmer der Wucherkrankheit unfalllos verfallen ist.

G. Stühler.

## Papier-Industrie

Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit des Gesamtarbeitsvertrages in der Bunt- und Chromo-Papierindustrie.

Der Präsident  
der Reichsarbeitsverwaltung Berlin NW 40, 28. 2. 1925.  
(Kartabteilung) Scharnhorststr. 35.  
IV 948/66.

### Aufhebung.

Die allgemeine Verbindlichkeit nachstehender tariflichen Vereinbarung wird aufgehoben:

1. Abgeschlossen am 27. April 1922 (Gesamtarbeitsvertrag).
2. Veruslicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Arbeiter in den Betrieben der Bunt-, Chromo- und Metall-papierfabrikation.
3. Nämlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.
4. Eingetragen auf Blatt 766, Ibd., Nr. 2 des Tarifregisters. Veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt 1922, Nr. 19.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit trifft mit dem 1. Juli 1924 außer Kraft.

gez. Dr. Busse.

Bemerkungen: Mit dieser Verfügung ist also auch die Allgemeinverbindlichkeit des am 31. Dezember 1923 abgelaufenen Gesamtarbeitsvertrages für die Bunt- und Chromo-Papier-Industrie aufgehoben. Ansprüche der Arbeitnehmer aus dem Gesamtarbeitsvertrag können deshalb nur bis zum Ablauf der Allgemeinverbindlichkeit, also bis zum 1. Juli 1924, rechtmäßig erhoben werden. Die Branchenlösung. J. A.: G. Stühler.

Vereinbarung zum Gesamtarbeitsvertrag in der Papiererzeugungsindustrie.

Zwischen den am Gesamtarbeitsvertrag für die papiererzeugende Industrie vom 25. April 1922 beteiligten Organisationen wird folgende Vereinbarung geschlossen:

### I.

Zweck dieser Vereinbarung ist, für die Zeit bis zum Inkrafttreten des in Aussicht stehenden Arbeitszeitgesetzes unnötige Verhandlungen und Streitigkeiten zu vermeiden.

### II.

Demgemäß soll der bestehende Gesamtarbeitsvertrag unbestritten verlängert werden mit dreimonatiger Kündigungsfrist von jedem Monatsersten. In derselben Weise bleibt der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 5. März 1924 aufrecht erhalten, jedoch mit der Maßgabe, daß das Sonderarbeitsamt nicht mehr angetreten werden kann.

In allen Fällen, in denen eine Verlängerung der Arbeitszeit entsprechend den Bestimmungen des Schiedsspruchs vom 5. März 1924 durchgeführt ist, also

1. durch Spruch des Sonderarbeitsamts,

2. durch freie Vereinbarung oder

3. durch Verlängerung abgelaufener Schiedssprüche im Wege freier Vereinbarung, bleibt es bei dem am 16. Dezember 1924 bestehenden Zustand. Schiedssprüche, die bis zum 31. Dezember 1924 nicht durchgeführt sind, verlieren mit diesem Tage ihre Gültigkeit.

### III.

In Fällen, welche nach Aufficht einer der beiden Vertragsparteien den Bestimmungen des Schiedsspruchs vom 5. März 1924

nicht entsprechen, kann das Tarifamt gemäß § 17 GGW. um seine Entscheidung innerhalb einer Frist bis 15. Februar 1925 angerufen werden.

### IV.

Der Urlaub gemäß § 8 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. April 1922 wird der gesamten Arbeiterschaft für das ganze Jahr 1925 garantiert.

Soweit für die Arbeiterschaft eines Betriebes auf Grund eines Schiedsspruchs des Sonderarbeitsamts oder durch freie Vereinbarung oder auf Grund der Vereinbarung vom 18. Dezember 1924 zur Verlängerung des Gesamtarbeitsvertrages für die papiererzeugende Industrie vom 25. April 1922 die Verpflichtung zur Leistung einer längeren als täglich achtstündigen und wöchentlich 48stündigen Arbeitszeit vorliegt, wird für die Urlaubszeit die über acht Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit gleichfalls vergütet, soweit die tatsächliche Arbeitszeit im Betriebe beim Urlaubsantritt acht Stunden täglich übersteigt.

### V.

Die Parteien behalten sich die endgültige Zustimmung zu dieser Vereinbarung bis zum 31. Januar 1925 vor. Bis zum Ablauf dieser Frist verbleibt es bei dem bisherigen Zustand.

Anmerkung: Beide Parteien haben innerhalb der vorstehenden Frist der Vereinbarung ihre endgültige Zustimmung erteilt.

Charlottenburg, den 16. Dezember 1924.

den 10. Februar 1925.

Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie E. V. (Sitz Charlottenburg)  
gez. Lehmann gez. Naude.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. (Sitz Hannover)  
gez. G. Stühler.

Zentralverband chfl. Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands. (Sitz Berlin)  
gez. Bernhard Linz.

Gewerkschaft Deutscher Fabrik- und Handarbeiter (G. D.)  
(Sitz Berlin)  
gez. G. G. G.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer sowie Berufsgenossen. Deutschlands. (Sitz Berlin)  
gez. G. Balleng.

Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands. (Sitz Duisburg)  
gez. Heinrich Kreil.

Bemerkungen: Wir haben dieses Abkommen bei der Reichsarbeitsverwaltung gemeinsam mit den anderen vertragsschließenden Organisationen zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung eingereicht, damit es auch die dem Arbeitgeberverband nicht angehörenden Firmen umfaßt.

Die Branchenleitung.  
J. A.: G. Stühler.

### Zur Maschinenführerfrage.

Auf die Ausführungen des Kollegen Trinkl in Nr. 9 des "Proletariers" möchte ich folgendes erwidern:

Gewiß kann unter Umständen auch ein Hirtenjunge Maschinenführer werden. Kollege Trinkl muß aber dann auch bei der Wahl ebenfalls bleibt und angeben, wie dieses zugegangen ist. Im Kriege war vieles möglich. Jedenfalls aber hat der Hirtenjunge doch wahrscheinlich erst den Werdegang vom Pressenstecher bis zum Maschinenführer durchmachen müssen. Ich habe ebenfalls von der Pieke angefangen, bis ich Maschinenführer wurde. Dieser Werdegang bis zum Maschinenführer hat bei mir ziemlich elf Jahre gedauert.

Den Beispielen des Kollegen Trinkl möchte ich einige andere entgegenstellen. Ich lernte im Jahre 1897 einen jungen Mann kennen, der Zimmermann lernen sollte. Da ihm Liebt und Ausdauer zu diesem Beruf fehlte, nahm er Arbeit in einer Papierfabrik. Heute ist der selbe Generaldirektor eines größeren Werkes. Ein anderer junger Mann war vor vielen Jahren als Pressenstecher an meiner Maschine beschäftigt, arbeitete sich bis zum Maschinenführer durch und ist heute Betriebsleiter. Es muß also doch immer etwas Intelligenz bei der Tätigkeit als Maschinenführer und zur Erreichung dieses Postens vorhanden sein.

Kollege Trinkl will in seinen Ausführungen nicht die geringste Kritik an den Direktoren und Betriebsleitern. Er findet nur fadende Worte für die Maschinenführer, obwohl diese doch seine Klassengenossen sind, sich mit ihm im Fabrikarbeiterverband zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage vereinigt haben und auch gewillt sind, dieser Organisation die Treue zu wahren. Das liegt natürlich voraus, daß innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes die berechtigten Interessen der Maschinenführer auch gewahrt werden. Die Ausführungen des Kollegen Trinkl sind zweifellos nicht geeignet, die Liebe der Maschinenführer zum Fabrikarbeiterverband noch zu festigen.

Auch in der Lohnfrage sind die Ausführungen des Kollegen Trinkl nicht ganz stichhaltig. Ein Teil der Maschinenführer erhält zweifellos wieder die Bezahlung der Kriegszeit, andere stehen

noch darunter. Dem muß gegenübergestellt werden, daß die anderen Facharbeiter mit Hilfe der Organisation ihre Löhne gegenüber der Kriegszeit um 20-30 Prozent erhöhen konnten. Es bleibt also für die Maschinenführer gerade in der Lohnfrage immerhin noch etwas zu tun übrig.

Mir ist zwar die Tätigkeit des Kollegen Trinkl nicht bekannt. Sollte er sich noch im jüngeren Alter befinden, dann möchte ich ihm raten, sich recht bald als Maschinenführer zu melden. Gehört sein Lehrgang so schnell wie der des von ihm geschilderten Hirtenjungen, dann dürfte er keine besonderen Schwierigkeiten zu überwinden haben und recht bald in den Genuss der 30 Prozent höheren Entlohnung kommen, die, nebenbei gesagt, die Papiermaschinenführer zwar in Bayern, aber noch lange nicht in allen übrigen Lohnbezirken erhalten. Falls der Kollege Trinkl zu seinem Werdegang als Papiermaschinenführer praktische Ratschläge braucht, bin ich gern bereit, ihm mit solchen zur Verfügung zu stehen.

R. Held am, Oberleibchen.

## Industrie der Steine und Erden.

Lohnabschlüsse in der Industrie der Steine und Erden.

Nachstehende Stundenlöhne wurden tariflich festgelegt:

### Siegel-Industrie:

Kreischaupfarrmannschaft Sachsen: Arbeiter über 20 Jahre 55½ Pf. vom 18. Februar 1925 an.

Schleswig-Holstein: Arbeiter über 18 Jahre 62 Pf. vom 20. Februar an.

Sachsen: Arbeiter über 21 Jahre 64 Pf. Osenleute erhalten 5 Pf. mehr die Stunde vom 20. Februar 1925 an.

Bavaria: Arbeiter über 21 Jahre 60 Pf. vom 20. Februar 1925 an.

### Hartsstein-Industrie:

Groß-Hamburg: Arbeiter über 18 Jahre 67 Pf. vom 22. Januar an.

Nordbayern: Arbeiter über 22 Jahre 58 Pf. vom 2. März an.

Speckstein-Industrie:

Mittelrhein-Bonn: Arbeiter über 20 Jahre 52 Pf. Osenarbeiter usw. erhalten 3 Pf. Brenner 4 Pf. mehr, vom 16. Februar an.

Rheinpfalz: Arbeiter über 21 Jahre 52 Pf. Formar, Osenleute usw. 56½ Pf. Sozialzulage pro Tag 10 Pf. vom 16. Februar an.

Tonwaren-Industrie:

Möhringen: Arbeiter über 21 Jahre 58 Pf. vom 10. Februar an.

Odenwald-Ton-Industrie: Arbeiter über 21 Jahre 58 Pf. vom 8. März an.

Cisenberger Tongruben: Arbeiter über 20 Jahre 52 Pf. Grubenarbeiter 50 Pf. Tonbläder 57½ Pf. Arbeiter im erweiterten Schachtbau 58½ Pf. vom 16. Februar an.

Wand- und Mosaikplatten-Industrie:

Wittenberg: Angelernte Arbeiter 52 Pf. vom 16. Februar an.

Marienberg: Brenner 55 Pf., Kollerarbeiter und Kohlenfahrer 52 Pf. vom 17. Februar an.

Bitterfeld: Arbeiter über 22 Jahre 54 Pf. angelernte Arbeiter 60 Pf. vom 12. Januar an.

Lauf: Hilfsarbeiter über 21 Jahre 50 Pf. Seizer, Presser usw. 53 Pf. vom 12. Februar an.

### Gips-Industrie:

Kölnpa: Arbeiter über 21 Jahre 46 Pf. vom 16. Februar an.

Hessenthal: Arbeiter über 21 Jahre 50 Pf. vom 1. März an.

Zement-Industrie:

Schleswig-Holstein: Döllerarbeiter über 20 Jahre 47 Pf. Angelernte 51½ Pf. Brenner 54 Pf. vom 9. Februar 1925 an.

Rüdersdorf: Hörarbeiter 48 Pf. vom 16. Februar an.

Stettin: Arbeiter über 20 Jahre 47 Pf. angelernte Arbeiter 49½ Pf. vom 4. Februar an.

Chiringen: Arbeiter über 21 Jahre 47 Pf. angelernte Arbeiter 50 Pf. vom 5. Januar an.

Kreide-Industrie:

Rügen-Land: Arbeiter über 18 Jahre 52 Pf. vom 16. Februar an.

Sachsen: Arbeiter über 18 Jahre 59 Pf. vom 19. Februar an.

Greifswald: Arbeiter über 18 Jahre 59 Pf. vom 19. Februar an.

Zementwaren- und Kunstoff-Industrie:

Neunkirch a. O.: Arbeiter über 21 Jahre 60 Pf. angelernte Arbeiter 62 Pf. vom 28. Februar an.

Vorausgegangenen, wie in allen wichtigen Ländern großer Wert auf die Herstellung von Gaswaffen gelegt wird.

Die Herstellung der Gase ist an bestimmte Voransetzungen gebunden. Diese sind das Vorhandensein einer entsprechenden chemischen, vor allen Dingen einer leistungsfähigen Farben-Industrie. Ist doch bekannt, daß alle im Kriege angewandten Gase aus Öl und zumindest einige Produktionsstufen mit den alten Farben- und chemischen Produkten gemeinsam hatten. Das Gefüge des Berges ergibt sich und führt zusammen mit der Herstellung des synthetischen Indigos. In diesem Rahmen sind auch die Verträge der "Bayer Aktiengesellschaft" und der "Soda-Fabrik" mit der im Krieg gegenstandeten Compagnie Nationale des Matières Colorantes" in den Jahren 1919 und 1922 interessant, die zur Übergabe ihrer Produktionsanlagen und zur Einrichtung gleichartiger Fabriken in Frankreich verpflichtet. Und auch die Unimonsa, die Amerika dafür übernahm, sich mit den Farben- und chemischen Farbenwerken zu beschließen.

Ein alledem ist zu ersehen, daß die Chemiearbeiter aller Länder bei der Herstellung von Farb- und chemischen Produkten mit an der Errichtung des Öl- und Kampfgases arbeiten, ohne sich dieser Gefahr bewußt zu sein. Daraus müssen sich für uns als Organisationsnational und international bestimmte Auswirkungen ergeben. Mit diesem Problem wird sich die Internationale der Fabrikarbeiter sowie der Internationale Gewerkschaftsbund beschäftigen müssen. Es gilt der Gefahr des chemischen Krieges, der nach der technischen Entwicklung im Kriegsjahrzehnt, im Kriegskrieg in der Luft nur die logische Weiterentwicklung des Krieges auf der Erde sein wird, mit den vorherigen Artillerie- und Kriegerwaffen entgegengesetzt. Die Kombination von Kampfgas und Fliegengewicht ergibt sich aus den Theorien des tapferen Amerikaners Willard: "Ein Sachverständiger sagte mir, daß ein Dutzend Leutestromen genügen, um die Bevölkerung eines Staates aus Mittel zu haben, um die Straßen des Landes weiter ins Unheil und Unheilige zu vermehren."

Die Größe der Gefahr erkennt, ergibt sich angesichts der Tatsache, daß alle gegen einen weiteren Krieg in der Luft fertig sind, und in allen Ländern zu stärken, daß es unmöglich wird, nachdem sich ein Kriegsende zu beginnen. Gegen diesen trostlosen Krieg gilt nur eins: Die Stärkung und die Erweiterung der Gewerkschaften und der kriegsfähigen Parteien, damit es gelingt, dem Sieg über zu kommen, welches dargestellt ist in dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Sozialistischen Jugend-Internationale gelehrte und der 10jährigen Wiederkehr des Kriegsausbruches. Die aufzuhaltenden Worte laufen:

"Dabei gibt es keinen anderen Weg, als die Kriegsmöglichkeit mit der Waffe, die man hat, zu bekämpfen. Wie müssen die kapitalistische Herrschaft und die Kriegsführung besiegt werden? Die Gewerkschaften und die Arbeiter sind nicht nur das Ende der Ausbeutung, sondern auch das Ende der Kriege sein." Alfred Kämer.

## Chemische Industrie / Chemischer Krieg.

Die Möglichkeit des nächsten Weltkrieges hat mindestens ein befriedigendes Element. Im letzten Krieg stand man die rabiatesten Nationalisten ein gutes Stück hinter der Frontlinie; im nächsten Krieg wird niemand hinter der Frontlinie sein und es wird allen, die es angehen mag, zu Gewalt gebracht werden, daß der Krieg ein sehr schwieriges Geschäft ist."

Der englische Gelehrte und Chemiker J. B. S. Haldane.

Deswegen in Deutschland eine starke entwickelte, gut ausgebauten chemischen Industrie,

